

Politisch anwendbares und gesellschaftlich legitimiertes Wissen Moderne Politikberatung setzt auf experimentelle Formate

Die Energiewende ist eine komplexe gesellschaftliche Herausforderung. Angesprochen sind so unterschiedliche Felder wie Energie, Verkehr, Klima, Umwelt und Verbraucherpolitik. Expertise aus diesen Feldern muss verknüpft werden, und zugleich müssen Akteurinnen und Akteure aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft an einen Tisch gebracht werden. Oder auch nicht an einen Tisch – die Formate werden vielfältiger: Längst geht es nicht mehr nur um klassische Formate der Politikberatung, wie Kommissionen und Expertenbeiräte, sondern um interaktive Verfahren, wie Plattformen, Stakeholder-Dialoge und das praktische Erproben von Lösungsansätzen in der Praxis. Im Projekt „Expertise im Nexus“ untersuchen Juliane Haus und Rebecca-Lea Korinek gemeinsam mit Holger Straßheim, wie Wechselwirkungen zwischen Politikfeldern gestaltet werden. Gabriele Kammerer hat mit den Forscherinnen darüber gesprochen, wie aus Expertise Politik wird.

Welche Chancen bietet die Kooperation ganz verschiedener Beteiligter in einem Beratungsprozess?

Rebecca-Lea Korinek: Wir stellen fest, dass in Politik und Wissenschaft zunehmend der Bedarf an feldübergreifenden Perspektiven auf komplexe Problemlagen artikuliert wird. Nehmen wir das Beispiel Energiewende. Diese wurde in den letzten Jahren meist als Stromwende diskutiert. Da ist ja auch durch die erneuerbaren Energien viel in Bewegung geraten. Aber in den anderen damit verbundenen Feldern, die ebenso relevant sind für eine Transformation des Energiesystems, wie Verkehrs- oder auch Landwirtschaftspolitik und Verbraucherpolitik, ist sehr wenig passiert. Nun geraten solche Wechselwirkungen zum Beispiel im Rahmen der sogenannten Sektorkopplung in den Blick, also in der Verbindung der Felder Energie, Verkehr und Wärme. Dieses Konzept wird allerdings sehr technisch gedacht, seinen Ursprung hat es eben in den technischen Wissenschaften.

Juliane Haus: Unser Ausgangspunkt ist nun, dass eine Herausforderung wie die Sektorkopplung nicht nur als technische Innovation gedacht werden kann, sondern auch als soziale Innovation verstanden werden muss. Wir stellen die Frage: Welche Akteure müssen zusammenkommen, damit die Probleme ganzheitlich angegangen werden können? Wir beobachten einen großen Bedarf an politisch anwendbarem Wissen, das zugleich gesellschaftlich legitimiert ist.

Ist dieses Überschreiten von Grenzen denn ein neues Phänomen?

Korinek: Zumindest sehen wir, dass die Idee, dass etwas gegen eine versäulte Politik getan werden muss, immer lauter artikuliert wird. Was dem Bedarf an feldübergreifender Zusammenarbeit neuen Schwung gibt, ist die Digitalisierung. Die erwähnte Sektorkopplung wird technisch erst durch sie möglich. Das bringt neue Akteure ins Spiel über die in Deutschland üblichen Verdächtigen – also wissenschaftliche Experten, die größeren Dachverbände sowie die Gewerk-

schaften und ihre Experten – hinaus. Jetzt kommen beispielsweise zivilgesellschaftliche Akteure aus der Netzpolitik hinzu, und die stellen zum Beispiel die Frage, wie es bei der Sektorkopplung um den Datenschutz bestellt ist oder um die IT-Sicherheit.

Sie untersuchen ein dichtes Netz von Kooperationen. Wie gehen Sie vor?

Korinek: In einer explorativen Vorstudie haben wir zunächst breit sondiert, welche neuen Formate – wie Plattformen, Stakeholder-Dialoge und Experimentierräume – in den letzten zwei Legislaturperioden ins Leben gerufen wurden. Wir haben dazu in einem Schneeballverfahren sogenannte Helikopter-Interviews mit Experten geführt, die einen guten Überblick über die unterschiedlichen Felder haben. Daraus hat sich ein erstes Bild der Landschaft dieser neuen Formate ergeben. Das haben wir anschließend auf Basis einer intensiven Desktop-Recherche ergänzt.

Haus: Im Laufe der Zeit haben wir klare Kriterien dafür entwickelt, was wir als neue Formate der Politikberatung, der Policy Expert Arrangements, betrachten. Es zählt nicht jede einfache Diskussionsreihe dazu. Gegeben sein müssen eine gewisse Dauerhaftigkeit, eine Selbstbeschreibung, aus der hervorgeht, dass sich das Expertenarrangement auch als ein Format der Politikberatung begreift. Ebenso muss es eine Dokumentation der Ergebnisse, etwa in Form von Berichten und anderen Publikationen geben. Außerdem, und das ist ganz wichtig, müssen die Teilnehmenden aus mindestens zwei verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen kommen.

Welche Beispiele gibt es?

Korinek: Eine neuartige Entwicklung sind experimentelle Formate wie die sogenannten Experimentierräume oder Reallabore. Da stehen auf der einen Seite kleinere Feldversuche wie etwa der Einsatz von Lieferrobotern. Funktioniert das, wird das angenommen? Eine viel größere Dimension hat es, wenn eine ganze Region sagt: Wir wollen erneuerbar werden, wir verändern unsere Infrastruktur. Das ist zum Beispiel die Energieavantgarde Anhalt, ein Netzwerk von Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen, Kreisen, Unternehmen und Einrichtungen, die Energie in der Region produzieren und verbrauchen wollen.

Haus: In den experimentellen Settings geht es darum, etwas anders zu machen, das heißt, verschiedene Akteursgruppen kommen zusammen, um neue Lösungsansätze für gesellschaftliche Probleme zu erproben. Das funktioniert nicht in allen Bereichen gleich einfach. Das hängt auch von den spezifischen Herausforderungen in den Feldern ab. Bei Verkehr und Mobilität ist es besonders wichtig, Routinen zu durchbrechen. Verbraucher müssen hier ihr Mobilitätshandeln im Alltag ändern. Im Energiebereich hingegen erproben experimentelle Formate die soziale Akzeptanz dezentraler Energieerzeugung und ihre technischen Voraussetzungen.

Probelaufe, Beta-Phasen gab es schon immer. Was ist neu an den von Ihnen beobachteten Formaten?

Haus: Die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Firmen arbeiten schon lange mit Prototypen, das stimmt. Neu ist, dass es auf der politischen Ebene einen verstärkten Bedarf an solchen experimentellen Formaten gibt. Sie werden zunehmend von der Politik initiiert. So hat beispielsweise Baden-Württemberg 2014 die Förderlinie „Reallabore“ eingerichtet.

Korinek: Die hier gewonnenen Erkenntnisse sollen auch zur Grundlage von Politikberatung und -gestaltung, etwa der Energie- und Mobilitätswende, gemacht werden. Es geht nicht um bloße Feldversuche, durch die Wirtschaftsunternehmen die eigene Wettbewerbssituation verbessern wollen. Reallabore hingegen



Rebecca-Lea Korinek ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik. In ihrer Forschung befasst sie sich unter anderem mit Verbraucherpolitik, insbesondere gesundheitlichem Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. (Foto: Udo Borchert)

rebecca-lea.korinek@wzb.eu



Juliane Haus ist Gastwissenschaftlerin der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik im WZB/HU-Projekt „Expertise im Nexus“. Zur ihren Forschungsthemen gehören die Ethnomethodologie, die Wissenssoziologie, Videoanalyse und sozialwissenschaftliche Experimente. *(Foto: David Ausserhofer)*

juliane.haus@wzb.eu

zielen auf ein gesamtgesellschaftliches Problem ab, zum Beispiel den Klimawandel. Dabei geht es dann nicht nur um Effizienz und die technisch beste Lösung, sondern um eine möglichst breite gesellschaftliche Akzeptanz. Es soll Wissen entstehen, das neue Wege öffnet, sogenanntes Transformationswissen.

Haus: Im Zusammenhang mit solchen komplexen Problemen verknüpft man mit Reallaboren die Hoffnung, dass sie eine ganz spezielle Art von Legitimität für Entscheidungen und Veränderungsprozesse erzeugen können. Wenn wir in einem Experiment ein Stadtquartier autofrei machen, dann gewinnen wir möglicherweise Lebensqualität: Es ist grüner, die Luft ist besser, es spielen Kinder. Das ist sehr viel einleuchtender und besser erfahrbar für die Allgemeinheit, als wenn eine Expertenkommission Szenarien entwickelt. Gleichzeitig wird da erstmal im Kleinen, in einer Nische etwas ausprobiert; dazu müssen nicht gleich Gesetze verändert werden, denn da sind die Fronten ja oft schnell verhärtet.

Was sind die Voraussetzungen dafür, dass solche experimentellen Formate gelingen?

Haus: Es gibt keine vorgefertigten Patentrezepte oder Blaupausen für solche experimentellen Formate. Zentral scheint aber die Entwicklung einer gemeinsamen Vorstellung von einer gewünschten Zukunft außerhalb der herrschenden Logik und tradierten Gegebenheiten. Eine Herausforderung dabei ist die Frage nach der Offenheit des Prozesses und der Akteure, die ein starkes gemeinsames Interesse haben.

Korinek: Wobei diese Bereitschaft zur Verständigung nicht bedeutet, dass am Ende ein Konsens stehen muss. Gerade der geschützte Raum dieser Formate soll die Chance zur Auseinandersetzung, zum konflikthaften Austausch von Argumenten und Positionen bieten. Und er soll auch die Möglichkeit des Scheiterns offenhalten. Dies ist eine Grundvoraussetzung des Experimentierens.

Was sind Ihre nächsten Schritte?

Haus: Im Moment versuchen wir, diesen Dschungel ganz vielfältiger Formate zu lichten, indem wir auf der Grundlage großer Datensätze komplexe Netzwerke analysieren und abbilden. In einer zweiten Phase werden wir dann ins Detail gehen und kleine Fallstudien machen – qualitative Forschung, für die wir mit einzelnen Beteiligten sprechen und teilnehmend beobachten, wie sie gegeneinander oder miteinander Wissen austauschen und Lösungen aushandeln.

Korinek: Was bislang noch nicht ausgemacht ist, ist die Frage, ob der selbstgestellte Anspruch der von uns untersuchten Formate, neues Wissen für neuartige Probleme zu generieren, auch wirklich eingelöst wird. Dafür müssten ja tatsächlich neue Akteurinnen und Akteure ins Spiel kommen und nicht nur die etablierten Parteien am Tisch sitzen. Wir sehen zwar die zunehmende Beteiligung neuer wirtschaftlicher Akteure, beispielsweise kleinerer Start-ups oder zivilgesellschaftlicher Gruppen. Wir müssen aber anhand der qualitativen Fallstudien noch prüfen, ob deren Argumente und Erfahrungswissen wirklich gleich viel zählen, also ob sich durch die neuen Formate strukturell etwas ändert in der Art, wie Wissen entsteht.